

PRESSEMITTEILUNG

Berlin und Osnabrück, den 31. März 2004

Armutverschärfung durch Freihandel

Studie über die möglichen Auswirkungen von EU-AKP-Freihandelsabkommen zieht negative Bilanz

Heute stellt das entwicklungspolitische Netzwerk EUROSTEP zusammen mit terre des hommes und Weed in Brüssel eine Studie über die möglichen Auswirkungen neuer Freihandelsabkommen, sog. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP-Staaten) vor. Die Studie beinhaltet fünf Länderstudien aus Benin, Kamerun, Ghana, der Dominikanischen Republik und Jamaika, die von EUROSTEP Partnerorganisationen erstellt wurden. Die geplante Handelsliberalisierung mit den AKP-Staaten gefährdet massiv den Erfolg der Armutsbekämpfung-Programme in den untersuchten Ländern und untergräbt die Ziele des Cotonou-Abkommens selbst, so die Schlussfolgerung der Autoren.

Die Länderstudien beschäftigen sich mit den Auswirkungen der geplanten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen auf die Menschen in den AKP-Staaten. Sie kritisieren, dass sich die derzeitigen Verhandlungen im Eigeninteresse der EU auf den Zollabbau konzentrieren, während nicht-tariffäre Handelshemmnisse und andere Probleme, die steigenden Exporten aus den AKP-Staaten in die EU entgegenstehen, ausgeklammert bleiben.

„Die weitere Öffnung unserer Märkte gegenüber der EU ist unser Ende. Es würde die Existenz unserer lokalen Milchwirtschaft zerstören“, so Aubrey Taylor, Vorsitzender der Vereinigung jamaikanischer Milchproduzenten. *„Die Abschaffung der bestehenden Handelspräferenzen wird die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele in unseren Ländern in Frage stellen und so die nationale Armutsbekämpfungsstrategien untergraben“,* kritisiert Professor Fouda aus Kamerun.

„Aus der Studie geht klar hervor, dass die Menschen in den AKP-Staaten unter wirtschaftlichen und ökologischen Fehlentscheidungen leiden werden. Statt aus ökonomischem Eigennutz auf der Marktöffnung zu bestehen, sollte die EU zunächst eine autonome regionale Entwicklung unterstützen und auf Freihandel verzichten“, so Klaus Schilder, Projektreferent für EU Nord-Süd-Politik bei WEED.

Die Autoren schließen mit zehn Empfehlungen an die EU, deren Umsetzung sicherstellen würde, dass zukünftige Handelsabkommen mit den AKP-Staaten der Bekämpfung der Armut dienen.

Weitere Informationen:

Klaus Schilder, Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung, am 31. März in Brüssel zu erreichen unter Tel.: +49 177 4341642, klaus.schilder@weed-online.org

Peter Eisenblätter, terre des hommes, Tel.: +49 541 71010, vernetzung@tdh.de

Die englischsprachige Studie ist unter www.eurostep.org erhältlich, weitere Informationen unter www.weed-online.org/eu. Dort ist in Kürze auch eine deutsche Kurzfassung verfügbar. Die Studie wird heute von 12:30-14:00 im AKP-Generalsekretariat, Raum Rue Georges Henri 451, B-1200 Brüssel vorgestellt.